(Ausdehnung des türkischen Notenausfuhr-
verbotes auf Oesterreich-Ungarn und Deutsch-
land.) Es ist wahrgenommen worden, daß Kronen-
noten aus der Türkei an neutralen Märkten zum
Verkaufe gelangten und dadurch unsere Währung
geschädigt wurde. Dem wird nun durch eine Ver-
fügung der türkischen Finanzverwaltung gesteuert.
Aus Konstantinopel wird hierüber tele-
graphiert: Das Finanzministerium teilt mit: Die
mit Erlass vom 23. August 1917 getroffenen Ver-
fügungen betreffend den Selbverlehr mit dem Aus-
lande sowie bezüglich der Wechsel-, Arbitrage- und
Valutageschäfte werden vom 16. d. an auch auf
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
ausgedehnt, die vorläufig hiebon ausgenommen
waren. Alle mit dem Balkanzug abreisenden
Passagiere werden ohne weiteres Papiergeld oder
Schecks in der Höhe von 50 Pfund,
1000 Mark, 1000 Kronen oder 1000 Lei
bei sich haben können. Für höhere Beträge ist
die Ermächtigung der Devisenkommission,
beziehungsweise ihr Bisum auf den betreffenden
Schecks oder Kreditbriefen einzuholen, da sonst die die
genannten Summen übersteigenden Beträge von
den Zollämtern an der Grenze beschlagnahmt
werden, und zwar gegen eine Bescheinigung, mit
Hilfe welcher beim Finanzministerium um die Rück-
zahlung eingeschritten werden kann. Die in der
Türkei ankommenden Passagiere werden Schecks und
Kreditbriefe bei sich haben können, wenn diese von
der deutschen oder der österreichisch-
ungarischen Devisenkommission vidiert
sind, widrigenfalls sie der Beschlagnahme verfallen.
Jeder Passagier wird Papiergeld bis zu 1000 Mark
oder 1500 Kronen bei sich haben können. Was
darüber ist, wird ihm abgenommen und bei der Rück-
fahrt ausgefolgt werden. Reisende, die aus Bul-
garien eintreffen, wo noch keine Wechsel-
kommission besteht, können Schecks oder Kreditbriefe
nicht verwenden, sondern nur Papiergeld bis zu
1000 Lei. Letztere Bestimmung gilt erst vom
1. Dezember an.